

# Koalitionsvertrag

Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich

Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt

## Auszüge zu Inklusion und Barrierefreiheit

Zusammengestellt von Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen

### Präambel

Wir möchten eine Gesellschaft, in der alle Menschen die Chance haben, ihr Leben und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Wir stehen dafür, dass die Menschen gut und gerne in unserem Land leben, sich Familien wohl fühlen. Wir wollen, dass alle Kinder ihr Potential entwickeln und nutzen können. Wir stehen dafür, dass alle Menschen gute Arbeit und Rahmenbedingungen für ihren wirtschaftlichen Erfolg finden.

- **Mit unserer gemeinsamen Politik eröffnen wir den Menschen neue Chancen.** Wir werden Aufstiegsmöglichkeiten schaffen und jeder und jedem Einzelnen Entwicklungsperspektiven geben, ohne dass die berufliche Karriere an Geschlecht oder Herkunft scheitert. Wir werden allen Kindern Zugang zu bester Bildung ermöglichen und Diskriminierung bekämpfen. Wir unterstützen Familien, damit Frauen und Männer gleichermaßen nach ihren Vorstellungen leben und arbeiten können. Wir bieten Handwerk und Unternehmen gute Rahmenbedingungen für ihre Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

### Kita [Seite 14]:

"Um der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden, wollen wir Inklusion in der Regel-Kita weiter ausbauen. Dazu gehört auch hier, Kooperationsmöglichkeiten mit Therapeutinnen und Therapeuten auszuweiten."

### Schule\_[Seite 15]:

Auch zukünftig bieten Förderschulen Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen besondere Fördermöglichkeiten. An ausgewählten Standorten werden weitere Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren weiterentwickelt.

#### Berufsbildende Schulen stärken – duale Ausbildung in der Fläche erhalten [Seite 17]:

"Im Zuge der Umsetzung der Fachkräftestrategie ist es notwendig, die besonderen Bedarfe einer Ausbildung in Teilzeit zu berücksichtigen. Diese kann dazu beitragen, das Potenzial insbesondere von Menschen mit Behinderungen, jungen Eltern oder Flüchtlingen zu heben."

#### Stärkung der Realschule plus [Seite 17]:

"Die aufgrund der vielfältigen neuen Aufgaben der Realschule plus bereits begonnene Entlastung der Schulleitungen durch die Einführung eines didaktischen Koordinators werden wir fortsetzen und weiter ausbauen. In einem nächsten Schritt werden wir dazu im Jahr 2017 48 neue Funktionsämter schaffen. Als vorrangige Aufgabe sollen didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren in enger Zusammenarbeit mit der Schulleitung dafür sorgen, dass Schulentwicklungsschritte, die sich aus der individuellen Leistungsförderung sowie dem Umgang mit Heterogenität und Inklusion ergeben, entwickelt und umgesetzt werden. Um Raum für eine noch intensivere Auseinandersetzung der Lehrkräfte mit wichtigen pädagogischen Fragen innerhalb des Kollegiums zu schaffen, werden wir an Realschulen plus einen zusätzlichen Studientag ermöglichen."

#### Inklusion voranbringen [Seite 18]:

„Der eingeschlagene, erfolgreiche Weg der inklusiven Beschulung wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Dabei wird das Elternwahlrecht weiter von zentraler Bedeutung bleiben. Eltern werden auch künftig bei der Schulwahl auf der Grundlage einer fundierten Beratung zwischen Förderschule und Schwerpunktschule entscheiden können."

#### Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots [Seite 20]:

"Um den großen gesamtgesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen wie die Inklusion und die Integration von Migrantinnen und Migranten in Zukunft noch besser gerecht werden zu können, muss auch der Bund seinen Anteil leisten. So könnte er beispielsweise dauerhaft die Finanzierung der Schulsozialarbeit übernehmen. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich stark machen und eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen."

#### Modernisierung der Schulbaurichtlinie [Seite 21]:

"Wir wollen die Schulbaurichtlinie des Landes überarbeiten, um bei Neubau und Umbau von Schulgebäuden Energieeffizienz und eine nachhaltige Bauweise und Technik ebenso zu berücksichtigen wie veränderte Lern- und Lehrbedürfnisse, die sich zum Beispiel aus der Umsetzung der Inklusion, der Ganztagschule und der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen ergeben. Dabei wollen wir das „Bewertungssystem nachhaltiges Bauen“ berücksichtigen."

#### Weiterbildung

##### Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern [Seite 24]:

"Die Lehrkräfteausbildung soll mit Blick auf die wichtigen Aufgaben insbesondere in den Bereichen der Inklusion, des pädagogischen und integrativen Umgangs mit Heterogenität

und Vielfalt weiterentwickelt werden."

### Starker Mittelstand und erfolgreiche Industrie als Grundlage unseres Wohlstandes

#### Barrierefreier Tourismusstandort Rheinland-Pfalz [Seite 32]:

„Rheinland-Pfalz wird die Barrierefreiheit und die Inklusion bei den touristischen Angeboten vorantreiben und hierzu auch entsprechende Fördermöglichkeiten auf europäischer Ebene nutzen.“

### Digitale Zukunft – Chancen der Gigabitgesellschaft

#### Datenschutz, Transparenz und digitale Verbraucherrechte [Seite 44]:

Datenschutz und Transparenz haben durch die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen. Der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung hat dabei ebenso einen zentralen Stellenwert, wie der möglichst barrierefreie Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen. Staatliche Stellen erheben und verwalten sensible Daten der Bürgerinnen und Bürger"

### Innovativer Verkehrs-Mix: Infrastrukturinvestitionen und Lärmschutz für eine bessere Mobilität

#### Erfolgsmodell Rheinland-Pfalz-Takt stärken [Seite 53]:

"Ein einfacher Zugang zum ÖPNV/SPNV, zum Tarif, zu den Informationen und zu einer aktuellen Fahrt/Reisekette sind wesentliche Elemente, um neue Fahrgäste zu gewinnen. Die Echtzeit-Initiative mit barrierefreien Informationen wird weitergeführt."

### Arbeit stärken. Sozialen Zusammenhalt sichern

#### Gute Arbeit [Seite 61]:

"Wir wollen mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, gerechte Löhne und Gehälter, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern, gesunde Arbeitsbedingungen, guten Arbeitsschutz, einen auf Vielfalt und Inklusion ausgerichteten Arbeitsmarkt, funktionierende soziale Sicherungssysteme und die Mitbestimmung."

#### Fachkräftesicherung [Seite 62]:

"Wir werden gemeinsam mit den Partnern die Landesstrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz konsequent umsetzen und mit Blick auf veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Die Potentiale von Frauen, Zuwanderinnen und Zuwandern, Menschen mit Behinderungen sowie auch älteren Erwerbstätigen für den Arbeitsmarkt wollen wir aktivieren."

#### Soziales Rheinland-Pfalz [Seite 63/64]:

„Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Generationengerechtigkeit, Respekt und Toleranz stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und schaffen die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe, auf die jeder Mensch Anspruch hat. Wir werden deshalb soziale Ausgrenzung bekämpfen und durch eine sozial gerechte Politik dafür sorgen, dass es Teilhabechancen gibt, die im umfassenden Sinn barrierefrei sind, so dass sie auch von den Menschen wahrgenommen und genutzt werden können.“

"Zu den Schwerpunkten unserer Sozialpolitik gehören die Bekämpfung und Vermeidung von Armut, das Zusammenleben der Generationen, ein gutes Leben im Alter, eine inklusive Gesellschaft sowie Teilhabe und Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen."

#### Zukunftsaufgabe Integration

Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen [Seite 79]:

"Bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten mit Behinderungen werden wir deren Bedürfnisse künftig stärker berücksichtigen. Deshalb wird in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen ein Konzept mit der Zielsetzung ausgearbeitet, die Erstaufnahme von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz und deren spätere Verteilung auf die Kommunen gemäß ihrer spezifischen Bedürfnisse zu gewährleisten."

#### Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger

Prävention/Extremismus [Seite 84]:

"In Rheinland-Pfalz ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Antiziganismus, Altersdiskriminierung, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung oder von wirtschaftlich schwachen Menschen oder für die Diskriminierung und Ausgrenzung anderer Gruppen. Neben einer konsequenten strafrechtlichen Ahndung ist Präventionsarbeit das wirkungsvollste Mittel, um unsere Gesellschaft stark gegen Vorurteile und Ausgrenzung zu machen."

Familienland Rheinland-Pfalz [Seite 88]:

"Wir stehen zu einem modernen und weitreichenden Familienbegriff, der auf dem Wesen der Verantwortungsgemeinschaft aufbaut – unabhängig von Lebenslagen, Lebensformen, Alter, Geschlecht, Behinderungen, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Identitäten."

### Unterstützung der Reform der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) [Seite 89]:

"Wir begrüßen, dass die Bundesregierung plant, das Kinder- und Jugendhilferecht weiter zu entwickeln. Besonders gilt das für ein einheitliches Rechtssystem für alle Kinder und Jugendlichen, gleich ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Wir werden uns an der Entwicklung dieses umfassenden Reformkonzeptes beteiligen"

### Das Land Rheinland-Pfalz als guter Arbeitgeber [Seite 98]:

"Wir werden die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Personalräten, den Interessenvertretungen der schwerbehinderten Menschen und den Gleichstellungsbeauftragten fortsetzen. Wir halten an den Zielen fest, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und schwerbehinderten Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu geben."

### Kreative und lebendige Kommunen – ländliche Räume stärken

#### Kommunale Entwicklung und Ländliche Räume [Seite 101]:

"Die Städtebauförderung ist ein Instrument zur Sicherung der Lebensgrundlagen in Stadt und Land. Ihr kommt eine besondere Rolle bei einer ressourcenschonenden Entwicklung der Städte und Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion zu. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zu Themen wie Barrierefreiheit, nachhaltiger Mobilität, familien- und kinderfreundliches Wohnen und Leben."

### Gesundheit und Pflege ausbauen

#### Fortschrittliche Versorgungsangebote für psychisch kranke Menschen [Seite 110]:

"Die Selbstbestimmung und Teilhabe psychisch kranker oder behinderter Menschen wollen wir durch eine Novellierung des Landesgesetzes für psychisch Kranke Personen (PsychKG) weiter stärken. Ein wesentliches Ziel dabei ist die Verwirklichung des sogenannten "hometreatments" mit dem bundesweit in zahlreichen Modellversuchen bereits sehr gute Erfahrungen gemacht wurden. Dies schließt die Einbeziehung der Patienten und der Angehörigen ein.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die vom Bundesgesundheitsminister angekündigte Neuformulierung der Vergütung der psychiatrischen Kliniken einen besonderen Anreiz für diese Form der Behandlung enthält. Die Krankenhausplanung des Landes wird das Ziel der hometreatment Behandlung als Alternative zur weiteren Ausweisung vollstationärer Krankenhauskapazitäten unterstützen. Auch für Personen, die nach § 63 StGB untergebracht sind, wollen wir die ambulanten Möglichkeiten der Therapie, Nachsorge, und Begleitung stärken"

#### Gesund und gut betreut in jedem Alter [Seite 111]:

"Die Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung von chronisch kranken und behinderten Kindern und Jugendlichen werden wir ausbauen. Vom Beginn des Lebens mit chronischer Krankheit oder Behinderung brauchen die Familien hochqualifizierte Information, Beratung, Unterstützung und Entlastung. Die Unterstützung der Arbeit der sozialpädiatrischen Zentren werden wir fortsetzen. Wir werden den Aufbau eines Netzes medizinischer Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderung nach §119c SGB V unterstützen."

"Wir streben eine Zielvereinbarung mit der Selbstverwaltung an, dass der Anteil nicht barrierefrei zugänglicher Arztpraxen sich im Verlauf der Legislaturperiode halbiert."

#### Gutes Wohnen in Stadt und Land [Seite 118]:

"Wir wollen mehr bedarfsgerechten, barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum, attraktive Ortskerne und Quartiere sowie ein lebenswertes Wohnumfeld mit umfassender Mobilität und moderner Kommunikationsinfrastruktur. Diese Herausforderungen erfordern eine erfolgreiche Kooperation mit allen wichtigen Akteuren, die sich aktuell im „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz“ zusammengeschlossen haben."

"Die Förderungen sollen darauf ausgerichtet sein, Wohnraum bezahlbar, barrierefrei und generationengerecht entsprechend den Bedarfen zur Verfügung zu stellen"

"Barrierefreies Wohnen und Bauen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Erleichterungen im Alltag, Teilhabe – vieles wird erst möglich durch Barrierefreiheit."

#### "Rheinland-Pfalz für Inklusion" [Seite 123 ff]:

„Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen, von Anfang an und wie alle anderen auch, an der Gesellschaft und am Arbeitsleben teilhaben können. Inklusion ist für uns ein Menschenrecht, das überall in unserer Gesellschaft mitgedacht und gelebt werden muss. Für uns gilt der Leitgedanke der Behindertenbewegung: „Nichts über uns ohne uns!“ Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht. Deswegen haben wir als erstes Bundesland die UN- Behindertenrechtskonvention mit einem Landesaktionsplan umgesetzt, diesen wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten kontinuierlich fortschreiben, damit Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, beispielsweise Wohnen, Arbeiten und Bildung, gleichberechtigt teilhaben können. Barrierefreiheit in öffentlich zugänglichen Gebäuden und von Wohnungen, Verkehrsmitteln und in der Kommunikation ist dafür eine Grundvoraussetzung. Inklusion bedeutet für uns umfassende Barrierefreiheit nach dem menschenrechtlichen Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention: Den vollständigen Abbau von Behinderungen, sei es in Sprache, in Verwaltungsverfahren und gegenüber Menschen auch mit nicht-körperlichen Beeinträchtigungen oder psychischer Art. Außerdem sehen wir Chancen in der Verbesserung der Stadt- und Dorfplanung durch die Etablierung sozialraumplanerischer Verfahren.

Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein: Schrittweise werden wir die Kindertagesstätten weiterentwickeln, damit Kinder mit Behinderung dort spielen und lernen können sowie gefördert werden. Wir werden Kommunen, Verbände, öffentlich-rechtliche und andere Institutionen sowie Unternehmen dazu ermutigen, den Weg der Inklusion mit uns zu gehen.

Wir wollen Rheinland-Pfalz als Reiseland auch attraktiver für Besucherinnen und Besucher mit Beeinträchtigungen machen. Darum setzen wir uns für barrierefreien Tourismus und barrierefreie Mobilitätsangebote ein.

Die UN-Behindertenrechtskonvention und die Empfehlungen des UN- Fachausschusses vom April 2015 werden wir als Grundlage für unsere Politik von und für Menschen mit Behinderung nutzen. Über die Einhaltung werden wir mit dem Institut für Menschenrechte

eine Monitoring-Vereinbarung abschließen, die auch die Prüfung beinhaltet, inwiefern es Landesgesetze gibt, die möglicherweise mit der UN- Behindertenrechtskonvention im Widerspruch stehen. Dies werden wir in einem Landesgesetz zur Stärkung der Inklusion normieren. Damit wollen wir das Landesbehindertengleichstellungsgesetz stärker an der UN-Behindertenrechtskonvention ausrichten und die Umsetzung des geplanten Bundesteilhabegesetzes in Landesrecht regeln.

Der Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse ist wichtig für behinderte Menschen in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir uns bei der landesrechtlichen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das die Unterscheidung von stationären und ambulanten Leistungen überwindet, von diesem Grundgedanken leiten lassen und die Zuständigkeiten des Eingliederungshilfeträgers in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Rat und mit Beratung der Behindertenselbsthilfe und der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände verbindlich regeln.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vertragspartner die im Bundesteilhabegesetz vorgeschriebenen Rahmenverträge zügig verhandeln und vereinbaren.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen Interessensvertretungen für Menschen mit Behinderungen schaffen und eigene Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickeln und umsetzen. Zur Stärkung der Entwicklung von Inklusion auf kommunaler Ebene unterstützen wir die Landkreise und kreis- freien Städte sowie die jeweiligen Behindertenbeauftragten und -beiräte sowie sonstige sachbefasste Stellen – insbesondere der Kreisentwicklung – im Rahmen einer strukturierten Entwicklungsplanung die Inklusion in ihrem Gemeinwesen voranzubringen.

Den Landesaktionsplan und den Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen werden wir zusammenzuführen. Wir werden überprüfbare Ziele und Zeitvorgaben zur Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit für das Land festlegen und für die Kommunen entsprechende Zielvereinbarungen mit allen Beteiligten anstreben.

Wir wollen die soziale Wohnraumförderung auch für die Schaffung von barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum nutzen.

Wir wollen die Sozialraumplanung als zusätzliches Umsetzungsinstrument der UN-Behindertenrechtskonvention etablieren.

Ein zentrales Ziel ist die rechtzeitige und zukunftsfeste Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe. Dabei müssen die Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen angemessen verteilt werden, deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für ein modernes, an Inklusion und Selbstbestimmung ausgerichtetes Bundesteilhabegesetz ein, um die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem herauszulösen. Mit dem Gesetz wollen wir das Budget für Arbeit gesetzlich absichern und das persönliche Budget weiter stärken.

Gemeinsam mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle wie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln, um den Übergang aus der beschützten Beschäftigung der WfbM zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wir wollen mit einer Zielvereinbarung die Übergänge aus der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt festlegen und mit inklusiven Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen als Alternative zu einer steigenden Zahl von Werkstättenplätzen zusätzliche Bedarfe decken.

Soweit Menschen mit Behinderung erwerbsfähig sind, müssen sie realistische Chancen zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten, hier sehen wir die Integrationsfachdienste in der Pflicht. Wir werden Integrationsbetriebe und vergleichbare

Arbeitsmöglichkeiten weiterentwickeln, besonders in der privaten Wirtschaft.

Das Land als Arbeitgeber hat Vorbildcharakter. Mit einer „Initiative 6 Prozent“ möchten wir die Beschäftigungsquote in der Landesverwaltung erhöhen und streben in jedem einzelnen Ressorts mindestens 5 Prozent an.

Zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes werden die Zusammenarbeit im Forum Arbeiten mit Behinderungen mit den Akteuren der Selbsthilfe, der Kammern und Verbände intensiviert.

Menschen mit Behinderungen sind Teil der Gesellschaft und haben das Recht in der Mitte der Gesellschaft zu wohnen und zu leben. Mit den Anbietern von Assistenz- und Unterstützungsleistungen wie auch mit den Trägern von Wohnangeboten unterschiedlichster Art für Menschen mit Behinderungen und unter Beteiligung der Behindertenselbsthilfe werden wir Zielvereinbarungen abschließen, wie sich die großen Einrichtungen der Eingliederungshilfe schrittweise zu dezentralen, sozialräumlich-orientierten Wohnangeboten weiterentwickeln können. Unser Ziel ist es, den Anteil der Menschen mit Behinderungen, die mit ambulanter Unterstützung und in inklusiven Wohnangeboten leben, deutlich zu erhöhen.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den Ruhestand gehen, steigen. Wir möchten deswegen Modelle entwickeln, in denen Leistungen für ältere Menschen auch von älteren Menschen mit Behinderung genutzt werden können

Menschen mit Behinderungen können auch pflegebedürftig sein. Sie haben als Versicherte, die Beiträge in die Pflegeversicherung gezahlt haben, auch Leistungsansprüche an die Pflegeversicherung. Dieser Leistungsanspruch wird für Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben, durch die Regelungen des §43a SGB XI auf zurzeit 266,00 € begrenzt. Wir werden prüfen, ob diese Regelung verfassungskonform ist.“

### Für eine vielfältige Medienlandschaft

Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk [Seite 128]:

"Die Telemedienangebote der öffentlich-rechtlichen Sender sollen im Rahmen ihres Funktionsauftrags als "dritte Säule" neben Fernsehen und Hörfunk gestärkt werden. Dazu müssen funktionsbeschränkende Regelungen wie die 7-Tage-Regelung fallen und die Angebote auf klassischen und neuen Plattformen, wie auch über Intermediäre, diskriminierungs- und barrierefrei auffindbar sein und nutzerfreundlich gestaltet werden. Dafür wollen wir uns in den Gremien einsetzen."

### Rheinland-Pfalz – Land der Bewegung

Sport [Seite 132]: "Der Sport leistet einen enormen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Er übernimmt wichtige Aufgaben im kulturellen Bereich, beim sozialen Miteinander und insbesondere im Rahmen der Inklusion und Integration. Menschen aus allen sozialen Schichten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung werden einbezogen."

### Vielfalt – ein Gewinn für Alle [Seite 133]

„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können, unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität,



Herkunft, Beeinträchtigung oder religiöser und weltanschaulicher Überzeugung. Vielfalt bereichert unser Zusammenleben.

#### Landesantidiskriminierungsstelle und Strategie der Vielfalt

Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ist die Bündelungs- und Koordinierungsstelle für unsere Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik. Da die Landesantidiskriminierungsstelle zu einer wichtigen Anlaufstelle für Menschen geworden ist, die konkrete Diskriminierung erfahren haben und diese dabei begleitet, ihre Rechte kennen zu lernen und (wieder) handlungsfähig zu werden, werden wir sie weiter entwickeln, indem wir die Aufklärungs-, Informations- und Beratungsangebote der Landesantidiskriminierungsstelle ausbauen. Als Landesregierung werden wir mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir die Strategie Vielfalt auf Basis ihres Leitbilds weiterentwickeln.

Die staatlichen Institutionen sind nur ein Standbein der Antidiskriminierungs- und Vielfaltsarbeit in Rheinland-Pfalz. Das andere – ebenso bedeutsame – sind die Nichtregierungsorganisationen und das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“. Wir werden dieses Netzwerk daher bei unseren Aktivitäten einbeziehen.

Wir wollen prüfen, ob zur Stärkung von Chancengleichheit und Vielfalt eine gesetzliche Verankerung in einem Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht werden soll.“